

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

Für Freiheit und Sicherheit im Netz - Cyberkriminalität effektiv abwehren

Begründung:

Am 4. Januar 2019 berichtete der Rundfunk Berlin-Brandenburg über die Veröffentlichung privater Daten deutscher Politikerinnen und Politiker sowie Prominenter in Form eines Online-„Adventskalenders“. Auch Abgeordnete des Landtags Brandenburg waren von dem Vorfall des sogenannten „Doxing“ betroffen und fanden private Konversationen aus sozialen Netzwerken öffentlich einsehbar im Internet wieder. Eine Diskreditierung der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger war erklärtes Ziel des Verursachers.

Cyberkriminalität (Computer- und Internetkriminalität) ist schon lange kein Randphänomen mehr: Die Hälfte aller Internetnutzerinnen und Internetnutzer in Deutschland wurde einer Studie des IT-Branchenverbands „Bitkom“ zufolge mittlerweile Opfer von Cyberkriminalität. Angriffe mit Schadprogrammen, Identitätsdiebstahl und Betrug kommen dabei am häufigsten vor und verursachen einen immensen wirtschaftlichen, aber auch sozialen Schaden. Massive Beleidigungen und sexuelle Belästigung im Internet nehmen massiv zu. Insbesondere Frauen und junge Mädchen sind von Delikten wie der Anbahnung sexuellen Missbrauchs über soziale Medien (Cyber-Grooming) und Stalking betroffen.

Auch das Herzstück der repräsentativen Demokratie ist durch Cyberkriminalität in Gefahr. Der Verfassungsschutz befürchtet in Anbetracht der bevorstehenden Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen in Brandenburg eine Einflussnahme durch (digitale) Propaganda, Desinformationskampagnen und Cyberattacken.

Der Staat hat sich diesen Angriffen entschieden entgegenzustellen. Die Bevölkerung muss sich nicht nur auf der Straße, sondern auch im digitalen Raum sicher bewegen können. Hierzu bedarf es neben entsprechenden Aufklärungskampagnen zum Schutz der eigenen Daten insbesondere eines koordinierten Vorgehens und einer angemessenen Ausstattung der staatlichen Behörden.

Die Bekämpfung der Cyberkriminalität ist in Deutschland Aufgabe der Bundesländer. Während andere Bundesländer bereits eigene Kampagnen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor digitalen Straftaten durchführen und den Ermittlungsbehörden ausreichend Mittel zur notwendigen personellen und technischen Ausrüstung zur Verfügung stellen, besteht in Brandenburg noch Nachholbedarf. Die Landesregierung hat die Relevanz des Themas zwar grundsätzlich erkannt, zeigt sich bei der Bereitstellung von Ressourcen, um effektiv gegen Cyberkriminalität vorgehen zu können, jedoch nicht entschlossen genug. Insbesondere in Anbetracht der jüngsten Ereignisse erscheint ein engagiertes Vorgehen gegen Cyberkriminalität dringender denn je.

Aus diesen Gründen soll der Landtag im Rahmen der Aktuellen Stunde darüber debattieren, welche politischen Maßnahmen die Landesregierung ergreifen kann, um durch eine effektive Abwehr von Cyberkriminalität die Freiheit und Sicherheit im Netz zu stärken.